

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Bericht des Präsidenten des Deutschen Bundestages nach § 50 des Abgeordnetengesetzes

I. Vorbemerkung

Nach dem Abgeordnetengesetz (AbgG) bin ich verpflichtet, dem Deutschen Bundestag einen Vorschlag zur Anpassung der Höhe der Geldleistungen aus dem Bundeshaushalt an die Fraktionen des Deutschen Bundestages vorzulegen (§ 50 Abs. 2 Satz 3 AbgG).

II. Anspruch auf Geldleistungen

Zur Finanzierung der Fraktionen mit staatlichen Geldleistungen ist in § 50 AbgG bestimmt:

„Die Fraktionen haben zur Erfüllung ihrer Aufgaben Anspruch auf Geld- und Sachleistungen aus dem Bundeshaushalt (Absatz 1).

Die Geldleistungen setzen sich aus einem Grundbetrag für jede Fraktion, aus einem Betrag für jedes Mitglied und einem weiteren Zuschlag für jede Fraktion, die nicht die Bundesregierung trägt (Oppositionszuschlag), zusammen (Absatz 2 Satz 1).“

Der in § 50 Abs. 1 AbgG normierte Rechtsanspruch der Fraktionen auf staatliche Geldleistungen findet seine Rechtfertigung darin, dass die Fraktionen Aufgaben erfüllen, die ihnen nach dem Grundgesetz, dem Abgeordnetengesetz und der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages obliegen.

III. Aufgaben der Fraktionen

1. Zu den Aufgaben der Fraktionen ist in § 47 AbgG bestimmt:

„Die Fraktionen wirken an der Erfüllung der Aufgaben des Deutschen Bundestages mit (Absatz 1).

Die Fraktionen können mit Fraktionen anderer Parlamente und parlamentarischen Einrichtungen national und international zusammenarbeiten (Absatz 2).

Die Fraktionen und ihre Mitglieder können die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit unterrichten (Absatz 3).“

2. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages sind dessen wichtigste politische Gliederungen.

Sie sind notwendige Einrichtungen des Verfassungslebens und maßgebliche Faktoren der politischen Willensbildung. Als ständige Gliederungen des Parlaments sind sie der organisierten Staatlichkeit eingefügt. Im Rahmen ihrer Aufgaben steuern und erleichtern die Fraktionen die parlamentarische Arbeit, indem sie insbesondere eine Arbeitsteilung unter ihren Mitgliedern organisieren, gemeinsame Initiativen vorbereiten und aufeinander abstimmen sowie eine umfassende Information der Fraktionsmitglieder unterstützen. Auf diese Weise fassen sie unterschiedliche Positionen zu handlungs- und verständigungsfähigen Einheiten zusammen (BVerfGE 80, 188 [219, 231]).

3. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen die Fraktionen organisatorischer, administrativer und wissenschaftlicher Zuarbeit sowie sächlicher Ressourcen.

Die Finanzierung der Fraktionen mit staatlichen Geldleistungen soll eine sachgemäße, effektive Fraktionsarbeit im Rahmen der Aufgaben des Parlaments ermöglichen und gewährleisten. Dabei ist die Höhe der Geldleistungen für die Fraktionen nach dem Aufwand zu beurteilen, der in diesem Aufgabenbereich anfällt (BVerfGE 80, 188 [213, 214]).

IV. Höhe der Geldleistungen im Bundeshaushalt 1999

Die Geldleistungen an die Fraktionen gemäß § 50 Abs. 1 und 2 AbgG sind im Einzelplan 02 Kapitel 02 01 bei Titel 684 01 für das Haushaltsjahr 1999 auf insgesamt 117 665 000 DM festgesetzt worden. Der monatliche Grundbetrag ist für jede Fraktion auf 522 595 DM und der monatliche Betrag für jedes Mitglied auf 9 919 DM festgesetzt worden. Die Oppositionsfraktionen erhalten einen weiteren Zuschlag von 15 v. H. auf den Grundbetrag und von 10 v. H. auf den Betrag für jedes Mitglied.

V. Anpassungskriterien

1. Im Hinblick darauf, dass die Fraktionen als ständige Gliederungen des Parlaments der organisierten Staatlichkeit eingefügt sind und die Fraktionen die Geldleistungen zur Finanzierung ihrer Personal- und Sachausgaben verwenden, werden als Kriterien für die Anpassung der Geldleistungen die Lohn- und Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst sowie die Entwicklung ausgewählter Teilindizes des Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde gelegt.
2. Aus den von den Fraktionen gemäß § 52 Abs. 4 Satz 2 AbgG bis zum 30. Juni 1999 vorgelegten Rechnungen für das Kalenderjahr 1998 ergibt sich, dass die Geldleistungen insgesamt zu 72 v. H. für Personalausgaben und zu 28 v. H. für Sachausgaben verwendet worden sind.
3. Nach dem Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst im Jahre 1999 wurden die Löhne und Gehälter ab 1. März 1999 linear um 3,1 v. H. erhöht. Diese Erhöhung müsste angesichts der Verwendung der Geldleistungen durch die Fraktionen zu 72 v. H. für ihre Personalausgaben zu einer Erhöhung der Geldleistungen um 2,23 v. H. führen.
4. Nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes ergab sich bei der Entwicklung ausgewählter Teilindizes des Preisindex für die Lebenshaltung (früheres Bundesgebiet, Basis 1995 = 100) im Juli 1999 gegenüber dem Vorjahresmonat eine durchschnittliche Preiserhöhung von 1,6 v. H. bei den Kosten für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Verpflegungs-, Beherbungs- und Verkehrsdienstleistungen.

Die Preiserhöhung müsste angesichts der Verwendung der Geldleistungen durch die Fraktionen zu 28 v. H. für ihre Sachaufgaben zu einer Erhöhung der Geldleistungen um 0,45 v. H. führen.

VI. Vorschlag im Benehmen mit dem Ältestenrat

1. Bei der Festsetzung der Geldleistungen an die Fraktionen für 1999 im Herbst 1998 konnten die Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 3,1 v. H. ab 1. März 1999 sowie die Erhöhung ausgewählter Teilindizes des Preisindex für die Lebenshaltung im Juli 1999 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,6 v. H. noch nicht berücksichtigt werden. Gleichwohl werden die Geldleistungen für das Haushaltsjahr 1999 nicht angehoben.
2. Für das Haushaltsjahr 2000 entspräche es der Lohn- und Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst sowie der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, die Geldleistungen für die Fraktionen um 2,68 v. H. zu erhöhen.

Aus den bisherigen Beratungen des Deutschen Bundestages und der Fraktionen zum Bundeshaushalt 2000 ergibt sich indessen, dass der Deutsche Bundestag der an sich angemessenen Erhöhung nicht zustimmen wird, um auf diese Weise einen deutlichen Einsparbeitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten.

In Übereinstimmung mit dieser Zielsetzung lautet mein Vorschlag, die Geldleistungen an die Fraktionen im Haushaltsjahr 2000 nicht anzuheben.

Berlin, den 30. September 1999

Wolfgang Thierse